

**Gemeinsame Anfrage  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
der Fraktion Die Linke. und  
der Fraktion Piraten-SGU-BL**

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	26.09.2016	Beantwortung der Anfrage

**Betreff**

**Auswirkungen der geplanten internationalen Handelsabkommen auf die kommunale Wirtschaft**

**Inhalt**

Duisburg ist seit Jahren in einer schwierigen ökonomischen Situation. Die Arbeitslosenquote beträgt in Duisburg 13,1 % gegenüber einer Arbeitslosenquote von 6,1 % im Bundesgebiet. Die Folge ist eine schwindende Kaufkraft der Duisburger Bevölkerung. Infolge des Niederganges der Montanindustrie ist die Stadt Duisburg überschuldet und schon jahrelang zu massiven Einsparungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gezwungen.

Die Kommune Duisburg hat daher erhebliche Anforderungen zu bewältigen. Duisburg braucht u.a. eine gesunde, regional verankerte Wirtschaft, die die Stadt für ihre Bewohner\*innen, v.a. auch zukünftigen Bewohner\*innen lebenswert macht. Duisburg braucht integrationsfördernde Unternehmen und Einrichtungen. Dieses kann nur mit vorwiegend örtlich verhafteten Investoren und mit einer gestaltungswilligen Verwaltung und Bürgerschaft erreicht werden. Gleichzeitig muss auf überörtlicher Ebene erreicht werden, dass die notwendigen Gestaltungsspielräume rechtlich und finanziell geschaffen bzw. wiedereröffnet werden.

Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) wurde vorerst „auf Eis“ gelegt. Vorgezogen werden soll jetzt das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA). TTIP/CETA/TISA sind für die kommunale Wirtschaft in massiver Weise kontraproduktiv, denn sie schränken die kommunale Gestaltungsfreiheit (Rekommunalisierung, Förderung regionaler Wirtschaft, ökologische und soziale Aspekte im Bereich des Beschaffungswesens und der Daseinsvorsorge) durch die angestrebte intensive Liberalisierung möglichst sämtlicher Dienstleistungen und die fortschreitende Marktöffnung für internationale Konzerne weiter ein. Bereits jetzt sind auch in Duisburg Aktivitäten internationaler Konzerne zu beobachten, die sich um eine flächendeckende und vor allem angemessene Versorgung der Bevölkerung nicht kümmern. Deren Ziel ist Generierung von Unternehmensgewinnen. Den Kommunen werden in immer dramatischerer Form die Sozialkosten aufgebürdet (z.B. Internationalisierung der Immobilienwirtschaft und des Betriebes von Krankenhäusern).

**Fortsetzung Anfrage siehe nächste Seite**

## **Fortsetzung Anfrage**

Durch TTIP/CETA/TISA werden diese negativen wirtschaftlichen Entwicklungen unumkehrbar gemacht und durch Einräumung von speziellen Unternehmerklagerechten noch mit einem erheblichen zusätzlichen Instrument der Druckausübung versehen.

### **Mit TTIP/TISA/CETA drohen der regionalen Wirtschaft massive Beeinträchtigungen!**

Umso wichtiger ist es, dass sich Politik und Verwaltung in Duisburg die kritischen Stellungnahmen von Gewerkschaften und Organisationen der Sozialen Bewegung (wie attac, compact, BUND usw.) zur Kenntnis nehmen. Von großer Bedeutung ist, dass sich der Rat und die Verwaltung der Stadt Duisburg kritisch mit den negativen Auswirkungen der vorliegenden Freihandelsverträgen TTIP/CETA/TISA auseinandersetzen.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister und die Verwaltung der Stadt Duisburg um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wird die Stärkung des regionalen Handwerks- und anderer vor Ort ansässiger Betriebe negativ durch die Freihandelsabkommen TTIP/CETA/TISA beeinträchtigt? Wie kann die gezielte kommunale Auftragsvergabe an Betriebe, die ausbilden und Beiträge zur Flüchtlingsintegration leisten, gewährleistet werden. Wie kann örtlichen Betrieben die Beteiligung an Großaufträgen ermöglicht werden. (In den USA bekannt als Prinzip „Buy American“.)
2. Wird der Aufbau einer dezentralen Energieversorgung, z.B. über Blockheizkraftwerke, uneingeschränkt auch nach Abschluss der Freihandelsabkommen TTIP/CETA/TISA möglich sein?
3. Wird der Aufbau eines regionalen Netzwerkes von biologisch orientierten Landwirtschaftsbetrieben, die der nachhaltigen Versorgung unserer städtischen Bevölkerung dienen soll, durch TTIP/CETA/TISA behindert bzw. wie kann dieser abgesichert werden?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung in Form einer Mitteilungsvorlage.